

Beschlussvorlage

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

Vorberatung im: **Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Verwaltung, Energie und Umwelt**

Betreff: Jahresabschluss 2011 Altenhilfe Tübingen gGmbH

Bezug:

Anlagen: 1 Bezeichnung: Jahresabschluss der AHT 2011 (Veröffentlichungsversion)

Beschlussantrag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Altenhilfe Tübingen gGmbH folgende Beschlüsse herbeizuführen:

1. Der Jahresabschluss 2011 der Altenhilfe Tübingen gGmbH wird in der vorgelegten und geprüften Fassung mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 59.307 € festgestellt.
2. Der Jahresfehlbetrag wird auf neue Rechnung 2012 vorgetragen.
3. Der Geschäftsführung wird Entlastung erteilt.
4. Dem Aufsichtsrat wird Entlastung erteilt.
5. Die Firma WIBERA Wirtschaftsberatung AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wird als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2012 bestellt.

Finanzielle Auswirkungen		Jahr:	Folgej.:
Investitionskosten:	€	€	€
bei HHStelle veranschlagt:			
Aufwand / Ertrag jährlich	€	ab:	

Ziel:

Feststellung des Jahresabschlusses, Beschlussfassung über die Gewinnverwendung, Entlastung von Geschäftsführung und Aufsichtsrat sowie ordnungsgemäße Bestellung des Wirtschaftsprüfers für den Jahresabschluss 2012.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss 2011 der AHT vorgelegt. Zuständig für die Feststellung des Jahresabschluss, die Entlastung von Geschäftsführung und Aufsichtsrat sowie die Bestellung des Abschlussprüfers ist nach Gesellschaftsvertrag die Gesellschafterversammlung. Der Oberbürgermeister vertritt die Universitätsstadt Tübingen in der Gesellschafterversammlung der AHT. Der Gemeinderat beauftragt den Oberbürgermeister dort nach seiner Weisung abzustimmen.

2. Sachstand

Zu Beschlussantrag 1 und 2

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches und der Pflegebuchführungsverordnung erstellt. Er beinhaltet für das Geschäftsjahr 2011 die Bilanz zum 31.12.2011, die Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2011 bis 31.12.2011 sowie den Lagebericht 2011.

Der Jahresabschluss 2011 wurde von der unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft WIBERA AG, Stuttgart geprüft. Der Prüfbericht enthält einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.

Aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2011 ergab sich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 59.307 €. Der Fehlbetrag verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr (59.477 €) um 170 €.

Während sich für die stationären Einrichtungen ein sehr positives Ergebnis verzeichnen lässt (pos. Ertrag in Höhe von 101.189 €), haben sich bei den beiden Leistungsbereichen Tagespflege und Ambulanter Dienst finanzielle Defizite ergeben.

In der Aufsichtsratsitzung vom 08.05.2012 wurde vereinbart, dass aufgrund des ständigen Verlustvortrags eine Klausurtagung zum unternehmerischen Zuschnitt und insbesondere zum Umgang mit den defizitären Leistungsbereichen durchgeführt wird.

Der Fehlbetrag 2011 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden und erhöht dadurch den bestehenden Verlustvortrag auf 666.406 €.

Die Ergebnisverwendung 2011 stellt sich wie folgt dar:

Jahresfehlbetrag 2011	- 59.307,00 €
Verlustvortrag zum 31.12.2011	-607.098,93 €
Verlustvortrag 2012	- 666.405,93 €

Auf den Geschäftsbericht 2011 (Anlage 1 wird verwiesen).

Dem Gemeinderat wird noch in diesem Jahr eine Vorlage über eine mögliche Eigenkapitalzuführung zur Entscheidung vorgelegt. Für diese Eigenkapitalerhöhung sind im städtischen Haushalt 2012 500.000 € bei der Haushaltsstelle 2.4300.9300.000-0101 eingestellt.

Zu Beschlussantrag 3 und 4

Der Abschlussprüfer hat dem Jahresabschluss 2011 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt und damit der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat bestätigt, dass ordnungsgemäß gearbeitet worden ist. Gründe die Entlastungen abzulehnen liegen nicht vor.

Zu Beschlussantrag 5

Die WIBERA hat bereits die Jahresabschlüsse 2007 bis 2011 der AHT geprüft. Dabei hat sie sich als kompetenter Prüfer präsentiert. Deshalb soll die WIBERA für ein weiteres Jahr zum Abschlussprüfer bestellt werden.

3. Vorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt vor, entsprechend den Beschlussanträgen abzustimmen.

4. Lösungsvarianten

Zu Beschlussantrag 2

Die Stadt gleicht den Jahresfehlbetrag 2011 aus Mitteln des städtischen Haushalts 2012 aus.

5. Finanzielle Auswirkungen

Bei einer Entscheidung entsprechend dem Beschlussantrag ergeben sich keine finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

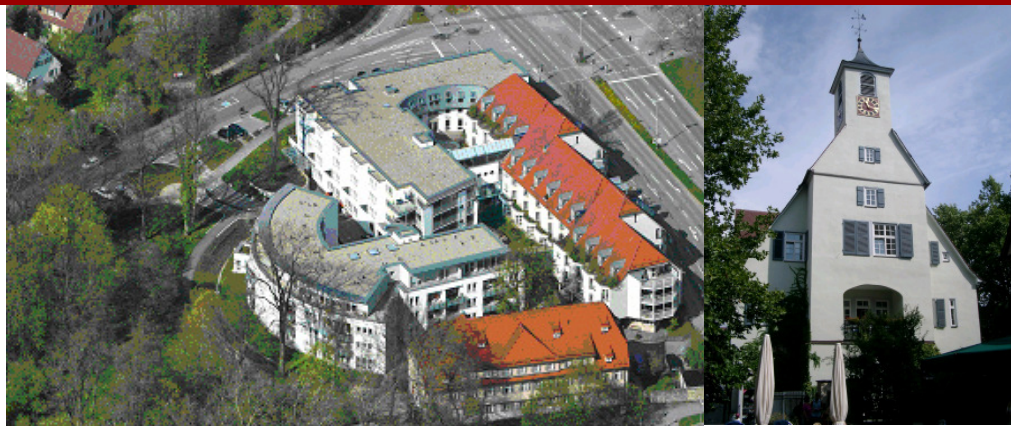
6. Anlagen

Jahresabschluss mit Lagebericht 2011 (Veröffentlichungsversion)

Jede Fraktion hat zur Aufsichtsratssitzung am 08.05.2012 eine Ausfertigung des Prüfungsberichts 2011 erhalten. Auf diese wird verwiesen.

Jahresabschluss 2011 Altenhilfe Tübingen gGmbH

(Veröffentlichungsversion)



Altenhilfe Tübingen gGmbH
Bilanz zum 31. Dezember 2011

	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
Aktivseite			Passivseite	
A Anlagevermögen			A. Eigenkapital	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	37.332,79	12.563,19	I. Gezeichnetes Kapital	3.412.500,00
II. Sachanlagen			II. Verlustvortrag	-607.098,93
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	9.824.016,84	10.108.475,16	III. Jahresfehlbetrag	-59.476,90
2. Technische Anlagen	65.413,01	73.803,32		<u>2.805.401,07</u>
3. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	328.715,02	376.766,66	B. Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	
4. Fahrzeuge	40.164,28	24.951,13	1. Sonderposten aus öffentlichen Fördermitteln für Investitionen	4.606.279,56
	<u>10.258.309,15</u>	<u>10.583.996,27</u>	2. Sonderposten aus nicht-öffentlicher Förderung für Investitionen	171.229,39
B. Umlaufvermögen				<u>4.777.508,95</u>
I. Vorräte	28.693,39	25.253,50	C. Rückstellungen	99.191,30
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	28.693,39	25.253,50	D. Verbindlichkeiten	
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	75.792,54
1. Forderungen aus Lieferung und Leistungen	164.133,13	166.334,71	2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.064.992,56
2. Forderungen an Gesellschafter	40.000,00	40.000,00	3. Verbindlichkeiten aus nicht-öffentlicher Förderung für Investitionen	0,00
3. sonstige Vermögensgegenstände	21.180,77	43.248,91	4. sonstige Verbindlichkeiten	54.626,78
4. Umsatzsteuer	1.627,35	249.583,62	5. Verwahrgeldkonto	10.346,59
	<u>226.941,25</u>	<u>249.583,62</u>	6. Umsatzsteuer	0,00
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	268.373,49	324.889,51		<u>3.205.758,47</u>
	<u>268.373,49</u>	<u>27.304,19</u>	E. Rechnungsabgrenzungsposten	26.186,45
C. Rechnungsabgrenzungsposten	28.386,04	27.304,19		<u>11.223.590,28</u>
	<u>10.848.036,11</u>	<u>11.223.590,28</u>		<u>11.223.590,28</u>

Altenhilfe Tübingen gGmbH
Gewinn- und Verlustrechnung
- für die Zeit vom 01.01.2011 bis 31.12.2011 -

	2011 EUR		2010 EUR	
1. Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen gemäß Pflege VG	3.822.325,53		3.749.334,43	
2. Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	1.155.118,21		1.150.706,30	
3. Erträge aus Zusatzleistungen und Transportleistungen nach PflegeVG	8.857,20		4.956,90	
4. Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	455.024,06		460.105,33	
5. sonstige betriebliche Erträge	555.533,56	5.996.858,56	533.916,79	5.899.019,75
6. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	3.462.581,75		3.403.957,63	
b) Sozialabgaben, Altersversorgung und sonstige Aufwendungen	935.046,92	4.397.628,67	915.850,21	4.319.807,84
7. Materialaufwand				
a) Lebensmittel	319.949,28		312.770,39	
b) Wasser, Energie, Brennstoffe	280.708,06		273.252,81	
c) Wirtschaftsbedarf, Verwaltungsbedarf	468.443,07	1.069.100,41	477.954,76	1.063.977,96
8. Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen		16.435,14		24.038,71
9. Steuern, Abgaben, Versicherungen		52.395,56		54.422,47
10. Mieten, Pacht, Leasing		10.309,23		10.252,74
Zwischenergebnis		<u>450.989,55</u>		<u>426.520,03</u>
11. Erträge aus öffentlicher und nicht öffentlicher Förderung für Investitionen		0,00		3.000,00
12. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten		214.633,09		215.175,04
13. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten		0,00		3.000,00
14. Abschreibungen				
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände und Sachanlagen		436.752,13		415.831,73
b) Abschreibungen auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		2.699,83		888,89
15. Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung		104.368,76		107.832,28
16. Sonstige ordentliche und außerordentliche Aufwendungen		73.216,94		68.647,68
Zwischenergebnis		<u>48.584,98</u>		<u>48.494,49</u>
17. Zinsen und ähnliche Erträge	5.277,59		5.503,45	
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	118.284,01	-113.006,42	118.445,60	-112.942,15
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-64.421,44		-64.447,66
20. außerordentliche Erträge	6.497,26		8.921,59	
21. außerordentliche Aufwendungen	2.455,53		4.754,71	
22. Weitere Erträge	1.073,20		803,88	
23. Außerordentliches Ergebnis	5.114,93	5.114,93	4.970,76	4.970,76
24. Jahresfehlbetrag		<u><u>-59.306,51</u></u>		<u><u>-59.476,90</u></u>

Altenhilfe Tübingen gGmbH

Anhang für das Geschäftsjahr 2011

A. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss wurde nach den Gliederungs-, Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Handelsgesetzbuches unter Berücksichtigung der Pflegebuchführungsverordnung aufgestellt. Ergänzend zu diesen Vorschriften wurden die Regelungen des Gesellschaftervertrags und des GmbH-Gesetzes beachtet.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht dem § 4 PBV.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsansätze wurden gegenüber dem Vorjahr grundsätzlich beibehalten.

B. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Anlagevermögen

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten abzüglich Abschreibung angesetzt. Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich Abschreibung angesetzt. Zuschüsse zu Anschaffungs- und Herstellungskosten von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens werden im Jahr des Zugangs in Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens eingestellt. In die Herstellungskosten des Anlagevermögens sind keine Fremdkapitalzinsen einbezogen.

Immaterielle Vermögensgegenstände werden planmäßig in 3 Jahren linear abgeschrieben.

Die planmäßige Abschreibung bei den Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens werden wie folgt vorgenommen:

<u>Bilanzposition</u>	<u>Abschreibungsmethode</u>	<u>Nutzungsdauer</u>
Gebäude	linear	50 Jahre
Außenanlagen	linear	15 - 25 Jahre
technische Anlagen und Maschinen	linear	5 - 10 Jahre
andere Anlagen Betriebs- und Geschäftsausstattung	linear	4 - 10 Jahre

Geringwertige Wirtschaftsgüter

Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis € 150 (geringwertige Wirtschaftsgüter) fließen sofort in den Aufwand. Wirtschaftsgüter mit einem Anschaffungswert über € 150 bis € 1000 (ohne MwSt) werden seit dem 01.01.2008 in einem jahresbezogenen Sammelposten (Pool) über eine Laufzeit von 5 Jahren abgeschrieben. Die Pools werden nicht wertberichtigt, auch wenn darin erfasste Wirtschaftsgüter vorzeitig ausscheiden oder veräußert werden.

Vorräte

Die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erfolgte zu den letzten Einstandspreisen.

Forderungen

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden grundsätzlich zum Nennwert angesetzt. Für erkennbare Risiken werden entsprechend vernünftiger kaufmännischer Beurteilung angemessene Pauschalwertberichtigungen vorgenommen. Für zweifelhafte und uneinbringliche Forderungen werden angemessene Einzelwertberichtigungen vorgenommen.

Flüssige Mittel

Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten wurden zu Nominalwerten angesetzt.

Eigenkapital

Das Eigenkapital ist mit seinem Nennwert angesetzt.

Sonderposten

Für Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens erfolgen der Ansatz und die Bewertung nach § 5 PBV.

Rückstellungen

Rückstellungen werden mit dem Erfüllungsbetrag in Höhe ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Sie berücksichtigen alle erkennbare Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehende Verbindlichkeiten.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden grundsätzlich mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Rechnungsabgrenzung

Für Ausgaben oder Einnahmen vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand oder Ertrag nach dem Abschlussstichtag darstellen, werden Rechnungsabgrenzungen vorgenommen.

C. Angaben zu Posten der Bilanz

Die Entwicklung und Gliederung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist unter Angabe der vorgenommenen Abschreibung aus dem als Anlage beigefügten Anlagenachweis ersichtlich. Teilflächen der Grundstücke Frischlinstraße und Schmiedtorstraße in Tübingen sind mit einem Erbbaurecht belastet.

Steuerliche Sonderabschreibungen, außerplanmäßige Abschreibungen und Zuschreibungen zum Sachanlagevermögen wurden nicht vorgenommen.

Zuschüsse zu Investitionen zum Sachanlagevermögen sind in der Bilanz als Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens auf der Passivseite ausgewiesen.

Die Gliederung und die Restlaufzeit der Forderungen und der sonstigen Vermögensgegenstände ist aus dem als Anlage beigefügten Forderungsspiegel ersichtlich.

Unter der Position sonstige Vermögensgegenstände sind keine Forderungen ausgewiesen, die rechtlich erst nach dem Abschlussstichtag entstehen.

Die aktive Rechnungsabgrenzung enthalten:

vorausbezahlte Kfz-Steuer
vorausbezahlte Versicherungsbeträge
Guthaben aus Mobiltelefonverträgen
und Fortbildungskosten.

Das gezeichnete Kapital beträgt EUR 3.412.500,00 und ist voll einbezahlt.

Die Entwicklung des Sonderpostens aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens ist aus der als Anlage beigefügten Fördernachweiszusammenstellung ersichtlich.

Die Aufgliederung und die Entwicklung der Rückstellungen ist aus dem als Anlage beigefügten Rückstellungensspiegel ersichtlich.

Die Aufgliederung und die Restlaufzeit der Verbindlichkeiten ist aus dem als Anlage beigefügten Verbindlichkeitspiegel ersichtlich. In den Verbindlichkeiten sind keine Verbindlichkeiten größeren Umfangs enthalten, die rechtlich erst nach dem Abschlussstichtag entstanden sind.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von insgesamt T€ 3.065 sind durch eine Ausfallbürgschaft der Stadt Tübingen abgesichert.

Die restlichen Verbindlichkeiten sind nicht abgesichert, mit Ausnahme der bei Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung bestehenden Eigentumsvorbehalte.

D. Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Abschlussstichtag bestanden keine Haftungsverhältnisse i.S. von § 251 HGB.

Am Abschlussstichtag bestanden in der Bilanz nicht ausgewiesene sonstige finanzielle Verpflichtung in Höhe von T€ 336, davon sind T€ 274 kurzfristig (bis zu einem Jahr) und T€ 62 mittelfristig (über einem Jahr und unter 5 Jahren).

E. Angaben zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse betreffen allgemeine Pflegeleistungen, Erträge aus Unterkunft und Versorgung, Erträge aus Zusatzleistungen und Transportleistungen sowie Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten.

Die außerordentlichen Aufwendungen beinhalten periodenfremden Aufwendungen in Höhe von € 1.758,53.

Die Abschreibung beinhaltet keine Sonderabschreibung und keine außerplanmäßige Abschreibungen.

F. Sonstige Angaben

Arbeitnehmer

Während des abgelaufenen Geschäftsjahres waren durchschnittlich beschäftigt

	<u>Geschäftsjahr</u>	<u>Vorjahr</u>
Angestellt	161	159
Insgesamt	161	159

Die versorgungspflichtigen Entgelte zur Zusatzversorgungskasse des kommunalen Versorgungsverbandes Baden-Württemberg betragen T€ 3.291. Der Umlagesatz beläuft sich auf 5,5 %, davon sind 0,15 % Arbeitnehmeranteil. Außerdem ist Sanierungsgeld in Höhe von 1,7 % und ein Zusatzbeitrag in Höhe von 0,22 % zu entrichten.

Geschäftsführer

Geschäftsführer der Gesellschaft ist:

<u>Name</u>	<u>Vorname</u>	<u>Umfang der Vertretungsbefugnis</u>
Kaufmann	Markus	Der Geschäftsführer ist einzelvertretungsberechtigt und ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Die Angabe der Höhe der Vergütung an Geschäftsführer wird gem. § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Das Honorar für die Prüfung des Jahresabschlusses beträgt € 10.700.

Aufsichtsrat

Vorsitzende des Aufsichtsrats sind:

<u>Name</u>	<u>Position</u>	<u>ausgeübter Beruf</u>
Michael Lucke	Vorsitzender	1. Bürgermeister
Helga Vogel	1. stellvertretende Vorsitzende	Krankenschwester
Gerlinde Strasdeit	2. stellvertretende Vorsitzende	Arzthelferin

Weitere Mitglieder des Aufsichtsrats sind:

Dr. Doris	Bartelt-Rutz	Ärztin
Evelyn	Ellwart-Mitsanas	Öffentlichkeitsarbeiterin
Dr. Lisa	Federle	Ärztin
Bruno	Gebhart-Pietzsch	selbst. Kaufmann
Ulrike	Heitkamp	Hausfrau
Rudi	Hurlebaus	Bäckermeister
Amely	Krafft	Studentin
Anne	Kreim	Hausverw.- u. Baubetreuung
Dr. Albrecht	Kühn	Arzt
Andera	Le Lan	Lehrerin
Aynur	Söylemez	Verkäuferin
Jürgen	Steinhilber	Dipl. Kaufmann
Gerlinde	Strasdeit	Arzthelferin
Helga	Vogel	Krankenschwester

Stellvertreter der Mitglieder des Aufsichtsrats sind:

Susanne	Bächer	Grafikerin
Dieter	Barth	IHK-Hauptgeschäftsführer i. R.
Roland	De Beauclair	Prähistorischer Archäologe bis 24.10.11
Gottfried	Gehr	Bäcker-u. Konditormeister
Bernd	Gugel	Druckform- und Druckvorlagenhersteller
Angela	Hauser	Krankenschwester, Sozialpädagogin
Dorothea	Kliche-Behnke	Doktorandin
Beate	Kolb	Sozialpädagogin ab 24.10.11
Sabine	Lüllich	Einzelhandelskauffrau
Arnold	Oppermann	Rechtsanwalt
Dr. Gretel	Schwägerle	Ärztin
Dr. Kurt	Sütterlin	Schulamtsdirektor a. D.
Klaus	te Wildt	Verwaltungsjurist i. R.
Alisa	Volkert	Studentin
Aster	Yeman	Studentin

Arbeitnehmersvertreter im Aufsichtsrat sind:

Erika	Hall	Altenpflegerin
Sibylle	Eisenmann	Altenpflegerin
Karin	Tress	Krankenschwester
Thomas	Jauch	Altenpfleger

Die Aufsichtsratsvergütung (Sitzungsgeld) betrug im Jahr 2011: € 1.000.

Vorschlag für die Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag in Höhe von 59.306,51 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Anlagen zum Anhang

Der Anlagennachweis, Forderungen-, Rückstellungen- und Verbindlichkeitspiegel sowie der Fördernachweis/ Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Anlagevermögens sind als Anlagen beigefügt.

Tübingen, den 16.03.2012



(Markus Kaufmann)

Firma Altenhilfe Tübingen gGmbH
Anlagennachweis / Anlagenspiegel

Bilanzposten	Entwicklung der Anschaffungswerte				Entwicklung der Abschreibungen				Buchwert 31.12.2011	Buchwert 31.12.2010
	01.01.2011 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	31.12.2011 EUR	01.01.2011 EUR	Abschreibungen EUR	Abgänge EUR	31.12.2011 EUR		
B. I. Immaterielle Vermögensgegenstände										
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	82.388,84	31.836,67	0,00	114.225,51	69.825,65	7.067,07	0,00	76.892,72	37.332,79	12.563,19
B. II. Sachanlagen										
1.1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebs- bauten auf fremden Grundstücken	14.320.734,25	0,00	0,00	14.320.734,25	4.212.259,09	284.458,32	0,00	4.496.717,41	9.824.016,84	10.108.475,16
1.2. darunter: Betriebsbauten und Außenanlagen	13.856.969,61	0,00	0,00	13.856.969,61	4.212.259,09	284.458,32	0,00	4.496.717,41	9.360.252,20	9.644.710,52
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4.1. Technische Anlagen	675.578,05	0,00	0,00	675.578,05	601.774,73	8.390,31	0,00	610.165,04	65.413,01	73.803,32
4.2. darunter: in Betriebsbauten und in Außenanlagen	675.578,05	0,00	0,00	675.578,05	601.774,73	8.390,31	0,00	610.165,04	65.413,01	73.803,32
5.1. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	1.792.410,50	73.538,08	45.661,96	1.820.286,62	1.415.643,84	118.596,13	42.668,37	1.491.571,60	328.715,02	376.766,66
5.2. darunter: in Betriebsbauten, in Außenanlagen GWG's und Festwerte in Betriebsbauten	1.792.410,50	73.538,08	45.661,96	1.820.286,62	1.415.643,84	118.596,13	42.668,37	1.491.571,60	328.715,02	376.766,66
6. Fahrzeuge	109.237,98	33.453,96	28.183,36	114.508,58	84.286,85	18.240,30	28.182,85	74.344,30	40.164,28	24.951,13
7.1. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7.2. darunter in Betriebsbauten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	16.980.349,62	138.828,71	73.845,32	17.045.333,01	6.383.790,16	436.752,13	70.851,22	6.749.691,07	10.295.641,94	10.596.559,46
darunter Summe der Positionen 1.2., 4.2., 5.2., 6 und 7.2	16.434.196,14	106.992,04	73.845,32	16.467.342,86	6.313.964,51	429.685,06	70.851,22	6.672.798,35	9.794.544,51	10.120.231,63

Forderungenspiegel

	Restlaufzeit		
	Stand	unter 1 Jahr	über 5 Jahre
	31.12.11	1 - 5 Jahre	über 5 Jahre
	EUR	EUR	EUR
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	164.133,13	0,00	0,00
2. Forderungen an Gesellschafter oder Träger der Einrichtung	40.000,00	0,00	0,00
3. sonstige Vermögensgegenstände	21.180,77	0,00	0,00
4. Umsatzsteuer	1.627,35	0,00	0,00
	<u>226.941,25</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Verbindlichkeitspiegel

	Stand		Restlaufzeit	
	31.12.11 EUR	unter 1 Jahr EUR	1 - 5 Jahre EUR	über 5 Jahre EUR
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	75.792,54	75.792,54	0,00	0,00
2. Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten	3.064.992,56	110.984,57	2.954.007,99	0,00
3. Verbindlichkeiten aus nicht-öffentlicher Förderung für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
4. sonstige Verbindlichkeiten	54.626,78	54.626,78	0,00	0,00
5. Verwahrgeldkonto	10.346,59	10.346,59	0,00	0,00
6. Umsatzsteuer	0,00	0,00	0,00	0,00
	<u>3.205.758,47</u>	<u>251.750,48</u>	<u>2.954.007,99</u>	<u>0,00</u>

Rückstellungenspiegel

	01.01.11 EUR	Verbrauch EUR	Auflösung EUR	Zuführung EUR	31.12.11 EUR
Altersteilzeit Fr. Köhler	36.600,49	13.469,48	0,00	0,00	23.131,01
externe Jahresabschlusskosten	11.000,00	11.000,00	0,00	11.300,00	11.300,00
Interne Jahresabschlusskosten 2011	1.500,00	1.500,00	0,00	1.500,00	1.500,00
Rückstellung f. ausstehende Rechnungen	600,00	600,00	0,00	2.000,00	2.000,00
Instandhaltungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Überstundenrückstellung	24.096,85	24.096,85	0,00	26.931,70	26.931,70
Urlaubsrückstellung	2.520,76	2.520,76	0,00	6.174,97	6.174,97
Kosten Jubiläum Personal	6.673,20	350,00	1.073,20	0,00	5.250,00
Archivierungskosten	16.200,00	0,00	0,00	0,00	16.200,00
	<u>99.191,30</u>	<u>53.537,09</u>	<u>1.073,20</u>	<u>47.906,67</u>	<u>92.487,68</u>

Firma Altenhilfe Tübingen gGmbH
Fö r d e r n a c h w e i s n a c h L a n d e s r e c h t

Bilanzposten	Entwicklung der geförderten Anschaffungswerte			Entwicklung der geförderten Abschreibungen			Buchwert 31.12.2011	
	01.01.2011 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	31.12.2011 EUR	01.01.2011 EUR	Abschreibungen EUR		Abgänge EUR
B. II. Sachanlagen								
1.1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	5.789.735,18	0,00	0,00	5.789.735,18	1.448.649,64	126.279,19	0,00	1.574.928,83
1.2. darunter: Betriebsbauten und Außenanlagen	5.789.735,18	0,00	0,00	5.789.735,18	1.448.649,64	126.279,19	0,00	1.574.928,83
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4.1. Technische Anlagen	789.125,12	0,00	0,00	789.125,12	375.027,13	36.271,36	0,00	411.298,49
4.2. darunter: in Betriebsbauten und in Außenanlagen	789.125,12	0,00	0,00	789.125,12	375.027,13	36.271,36	0,00	411.298,49
5.1. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	562.558,86	0,00	0,00	562.558,86	516.160,65	32.751,63	0,00	548.912,28
5.2. darunter: in Betriebsbauten, in Außenanlagen GWG`s und Festwerte in Betriebsbauten	562.558,86	0,00	0,00	562.558,86	516.160,65	32.751,63	0,00	548.912,28
6. Fahrzeuge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7.1. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7.2. darunter in Betriebsbauten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	7.141.419,16	0,00	0,00	7.141.419,16	2.339.837,42	195.302,18	0,00	2.535.139,60
darunter Summe der Positionen 1.2, 4.2, 5.2, 6 und 7.2	7.141.419,16	0,00	0,00	7.141.419,16	2.339.837,42	195.302,18	0,00	2.535.139,60



Lagebericht 2011

Entwicklungen und Ergebnisse des Geschäftsjahrs

Prüfungen durch das Landratsamt, den MDK und eine unabhängige Zertifizierungsgesellschaft

2011 fanden in den stationären Bereichen die turnusmäßigen unangekündigten Begehungen der Heimaufsicht statt und der Medizinische Dienst der Krankenversicherung (MDK) führte die gesetzlich vorgeschriebene Qualitätsprüfung beim Ambulanten Dienst durch. Die Heimaufsicht bescheinigte beiden Häusern „einen sehr guten Eindruck“; die vom MDK erteilte Note für den Ambulanten Dienst betrug 1,3. Die Benotungen aus den Prüfungen Ende 2010 für das Bürgerheim und das Pauline-Krone-Heim waren bekanntlich 1,0 bzw. 1,1 gewesen.

Zudem absolvierte der Ambulante Dienst im Juli sehr erfolgreich die Rezertifizierung für das IQD-Qualitätssiegel. Die unangemeldete Kontrolle der Zentralküche im Pauline-Krone-Heim durch das örtliche Veterinäramt hatte ebenfalls keine Auflagen oder substanziellen Beanstandungen zur Folge. (Eine weitergehende Benotung oder kategorisierende Bewertung erfolgt von Amts wegen nicht.)

Ergänzung zu den zwischenzeitlichen Ereignissen: Die „nächste Runde“ der MDK-Prüfungen fand im Januar 2012 statt und führte zu folgenden Ergebnissen:

Pauline-Krone-Heim: 1,0.

Bürgerheim: 1,0.

Projekt Pfrondorf

Bis zum Spätsommer 2012 wird in Tübingen-Pfrondorf ein Seniorenzentrum entstehen, das 19 Betreute Wohnungen und einen Pflegebereich mit 16 Betten umfasst. Bauherr ist die Gewerbe und Wohnungsbaugesellschaft Tübingen, die Altenhilfe Tübingen gGmbH wird als Pächterin des Pflegebereichs und Betreuungsträger der Betreuten Wohnungen fungieren.

Das Jahr 2011 stand vor allem im Zeichen der Rohbauphase. Im März wurde das Projekt in einer Veranstaltung der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt; im September konnte das Richtfest begangen werden.

Pflegesatzverhandlungen und ambulante Vergütungserhöhungen

Pflegesatzverhandlungen für die stationären bzw. teilstationären Bereiche wurden 2011 nicht geführt. Dies liegt in der Tatsache begründet, dass der Verhandlungsabschluss zweistufig erfolgt war.

- Zum 01.08.2010: + 1,2 %,
 - (in der Tagespflege erst ab 01.09.2010)
- Zum 01.08.2011: + 1,3 %.

Eine nächste Preiserhöhung kann für die Zeit ab dem 01.08.2012 verhandelt werden. Die Investitionskostenvergütung ist davon pflegesatzsystembedingt ausgenommen.

Diese Erhöhungen fingen in etwa die Tarifsteigerungen ab, haben aber die Kostendeckungsproblematik bei den Sachkosten nicht verbessert.

Da Einzelverhandlungen für den ambulanten Bereich seitens der AHT nicht geführt werden, sind Vergütungserhöhungen für die Leistungen des Ambulanten Pflegedienstes von den Ergebnissen der Pflegesatzkommission ambulant bzw. den Verhandlungskommissionen zum SGB V abhängig. Im Jahr 2011 haben sich folgende Veränderungen für die Krankenversicherungsleistungen ergeben:

- Zum 01.01.2011: + 1,15 % bei der Knappschaft, der LKK und den Pflegekassen, die den Verbänden *vdek* und *BKK/IKK* angehören,
- Zum 01.06.2011: + 1,1 % bei der AOK.

Sanierungskonzept für die Tagespflege

Aufgrund des Defizits von -77.665.- € im Geschäftsjahr 2009 wurde in der Aufsichtsratssitzung am 27.04.2010 einstimmig ein Sanierungskonzept beschlossen, das im ersten Schritt die Halbierung des Abmangels zum Ziel hatte. Die Eckpunkte des Sanierungskonzepts sind:

- Erweiterung der Platzzahl auf 14
- Ausdehnung der Öffnungszeiten auf 8:00 Uhr bis 17:00 Uhr im Rahmen der Kapazitätserweiterung
- Tagesablaufdifferenzierung in eine Frühgruppe (8:00 Uhr bis 16:00 Uhr) und eine Spätgruppe (9:00 Uhr bis 17:00 Uhr)
- Ersetzung eines Bestandsfahrzeugs durch einen gesponserten Mercedes Sprinter

Das Kostenstellenergebnis für das vergangene Geschäftsjahr lag bei -55.643.- €. Das Ziel der Defizithalbierung wurde somit deutlich verfehlt. Zu den Schlussfolgerungen, die dem Aufsichtsrat vorgeschlagen werden: Siehe später im Text.

Jahresabschluss 2011

(Hinweis: Alle Beträge wurden kaufmännisch auf die letzte Stelle vor dem Komma und Prozentwerte auf eine Stelle nach dem Komma gerundet.)

Das Jahresergebnis liegt mit einem Defizit von -57.307.- € um 170.- € über dem des Vorjahres und ist somit zwar nicht völlig zufriedenstellend, aber dennoch weit entfernt von den deutlich sechsstelligen Defiziten, die es etwa 2008 oder in den Jahren vor 2005 gegeben hatte. Aufgrund des höheren Wirtschaftsvolumens ist der Kostendeckungsgrad von 99,0 % auf 99,1 % gestiegen.

Auf der Ebene der Sach- und Erfolgskonten entstand das Defizit dadurch, dass der Gesamtplanansatz der Erlöse nicht ganz erreicht und der Gesamtplanansatz der Aufwendungen nicht ganz eingehalten werden konnte.

Betrachtet man die einzelnen Geschäftsteile auf Ebene der Kostenstellen, war auch 2011 ein guter Verlauf des stationären Angebots zu verzeichnen, der jedoch die Defizite des ambulanten und teilstationären Bereichs nicht auffangen konnte.

Schließlich muss darauf hingewiesen werden, dass es auch 2011 nicht das (operative) Betriebsergebnis war, welches zur Unterdeckung führte, sondern dass das negative Gesamtergebnis „erst“ im Finanzergebnis entstanden ist. Dieser Zusammenhang wird dadurch deutlich, dass dem Zinsaufwand von 118.284.- € lediglich 5.278.- € an Einnahmen aus Kapitalerträgen gegenüber standen.

Anlagevermögen

Im Geschäftsjahr 2011 erhöhten sich die immateriellen Vermögensgegenstände um 24.770.- € auf 37.333.-€. Diese Steigerung liegt insbesondere im Erwerb von Softwarelizenzen begründet. Die Sachanlagen blieben mit einer Verminderung um - 325.687.- € auf 10.258.309.- € weitgehend konstant.

Den Abschreibungen in Höhe von 436.752.- € standen investive Neuanschaffungen im Wert von 138.829.- € gegenüber. Weiterhin wurden 104.369.- € in Standortinstandhaltung bzw. Reparaturen investiert, die nicht in die Abschreibungen einfließen konnten.

Eigenkapital und Liquidität

Der Jahresfehlbetrag 2010 führt zur Erhöhung des Verlustvortrags auf 607.098,93.- €. Die Eigenkapitalquote erhöht sich aufgrund der leicht gesunkenen Bilanzsumme von 25,0 % auf 25,3 %.

Zum Ende des Geschäftsjahres belief sich der Stand der liquiden Mittel auf 268.373.-, und die Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten lagen bei 3.064.993 €.

Rückstellungen

Nachdem die Belastung des Jahresabschlusses durch Personalrückstellungen für Urlaub und Mehrarbeit in den Jahren 2009 und 2010 auf 26.618.- € gesenkt werden konnte, musste für das Jahr 2011 wieder ein leichter Anstieg hingenommen werden. Es muss jedoch angemerkt werden, dass die Steigerung der Urlaubsrückstellung um 3.654.- € den kompletten Jahresurlaub einer Mitarbeiterin enthält, der aufgrund des vorzeitigen Eintretens in den Mutterschutz mit anschließender Elternzeit gar nicht mehr genommen werden konnte.

Die Zunahme der Mehrarbeitsrückstellung um 2.835.- € auf 26.932.- € ist zwar unbefriedigend, es muss aber eingeräumt werden, dass die Personalbemessung und Personaleinsatzplanung im vergangenen Jahr mit erschwerenden Bedingungen zu kämpfen hatte. In diesem Zusammenhang sind insbesondere zu nennen ein Todesfall, eine fast das ganze Jahr währende Langzeiterkrankung im Bürgerheim und die Tatsache, dass sich zwei Führungskräfte der Pflege in zeitintensiven Weiterbildungen befinden, was eine wichtige Investition in die Zukunft darstellt.

Zum Vergleich: Die Mehrarbeitsstundenrückstellungen hatten im Jahresabschluss 2008 noch 75.671.- € betragen.

Zum Abschluss des Jahres 2010 hatte die 2008 gebildeten Altersteilzeitrückstellung 36.600.- € betragen. Eine Gegenbuchung der zugehörigen Kostenzusage der Agentur für Arbeit als Forderung war aus bilanzrechtlichen Gründen nicht möglich. Da die betreffende Mitarbeiterin zum 01.01.2011 in die Freistellungsphase eingetreten ist, konnte ein erster Teil der Rückstellung verbraucht werden. Die Höhe betrug zum Abschluss 2011 noch 23.131.- €.

Erlöslage

Im Geschäftsjahr wurden der betriebswirtschaftlichen Auswertung nach (incl. der sonstigen Erträge und der Finanzerträge) Gesamterlöse in Höhe von 6.224.340.- € erzielt. Davon entfielen mit 5.618.858.- € alleine 89,44 % auf Versorgungsleistungen (incl. Erstattungen der Krankenkassen für Hilfsmittel und Vergütungszuschläge nach § 87 b SGB XI). Der Anteil der stationären Pflege am Gesamtumsatz betrug 82,27 % (= 5.121.065.- €).

Während in der stationären Pflege (+ 22.254.- €) und der Tagespflege (+ 8.212.- €) Einnahmen über Plan generiert werden konnten, blieb der Ambulante Dienst um – 40.357.- € unter dem Plan-Soll. Die Anzahl der angebotenen Plätze in der Tagespflege wurde zum Februar 2011 von 12 Plätzen auf 14 erhöht.

	Einnahmen 2010	Einnahmen 2011
stationäre Pflege	5.050.934.- €	5.121.065.- €
Tagespflege	133.554.- €	151.131.- €
ambulanter Dienst*	311.748.- €	296.843.- €

(* ohne Essen auf Rädern)

Die stationären Pflegeeinnahmen haben sich somit erfreulich entwickelt, obwohl die Auslastung unter dem Spitzenwert aus 2010 gelegen hatte. Das Einnahmen-Plus liegt somit in der zum 01.08.2011 umgesetzten zweiten Stufe der Pflegesatzerhöhung (1,3 %) und in den Steigerungen bei den hohen Pflegestufen begründet.

Der Ambulante Dienst versorgte im Geschäftsjahr 2011 durchschnittlich 75 Kund/innen. Die Umsatzstreuung war wie folgt (in Klammer jeweils die Werte von 2010):

- Behandlungspflege (Verordnungen nach SGB V) = 43,67 % (41,54 %),
- grundpflegerische Leistungen nach SGB XI = 46,60 % (49,35 %),
- „Selbstzahler“ (i. d. R. hauswirtschaftliche Hilfen) = 9,73 % (9,11 %).

Die Einnahmen aus dem Essenverkauf lagen um 26.641.- € (15,7 %) über dem Wert von 2010. Allerdings stehen dem auch Steigerungen beim Lebensmitteleinkauf gegenüber. Der Mehrumsatz wurde insbesondere durch

einen Ausbau von Essen auf Rädern (Steigerung um 35,4 % auf 14.590 Portionen) und des Caterings erzielt, wobei sich hierbei insbesondere die weitere Steigerung der nachgefragten Portionen um über 1.000 auf 5.860 bei der Vesperkirche positiv niederschlug.

Bei den Erträgen aus öffentlichen Mitteln als Teil des Postens sind insbesondere zu nennen: Der Zuschuss der Stadt Tübingen für die geronto-psychiatrischen Betreuungskräfte in Höhe von 40.000.- €, die Erstattungen aus der Ausbildungumlage in Höhe von 31.222.- € und Förderungen für Beschäftigungsverhältnisse (nach SGB II, SGB III und SGB IX) in Höhe von 35.808.- €.

An Einnahmen aus den Grundleistungspauschalen und Erstattungen der Betreuten Wohnungen Frischlinstraße (36 Wohneinheiten) und Irene-Preuner-Haus (nominell 19 Wohneinheiten) waren 50.000.-€ kalkuliert worden. Im Ergebnis wurden tatsächlich Einnahmen in Höhe von 47.906.- € realisiert (= 95,8 %). Diese Planabweichung resultiert aus Mieterwechseln im Irene-Preuner-Haus, die mit zwischenzeitlichen Leerständen einhergehen und der Tatsache, dass sich der Mieterwechsel (und somit der Abschluss von Betreuungsverträgen) im Irene-Preuner-Haus nicht so schnell als erwartet vollzieht. Derzeit sind erst zehn Wohnungen mit Teilnehmern des Betreuten Wohnens belegt. Da die AHT lediglich die Trägerin der Betreuungsleistungen, aber nicht Eigentümerin der Wohnungen ist, lässt sich die Vermietung und somit der Erlös aus den Betreuungspauschalen des Betreuten Wohnens nur sehr begrenzt beeinflussen.

Stationäre Auslastung

Wie sich aus den Betrachtungen zur Umsatzverteilung ergibt, ist die stationäre Pflege als Geschäftsfeld von überragender Bedeutung für die Altenhilfe Tübingen gGmbH. Deshalb erfolgt an dieser Stelle vor allem eine genauere Betrachtung der Belegung und Pflegestufen. An den beiden Standorten Pauline-Krone-Heim und Bürgerheim werden 141 stationäre Pflegeplätze, (inclusive nominell zwei eingestreuten und eines ganzjährig vorzuhaltenden Kurzzeitpflegeplatzes) angeboten.

Gesamtauslastung 2011 = 97,15 %, entspricht durchschnittlich ca. 137 Bewohner/innen
 Auslastung Pauline-Krone-Heim 2011 = 97,55 %, entspricht durchschnittlich ca. 107 Bewohner/innen
 Auslastung Bürgerheim 2011 = 95,71 %, entspricht durchschnittlich ca. 30 Bewohner/innen

Im Jahr 2010 hatte die stationäre Auslastung bei 98,05 % gelegen.

	Pflegestufenverteilung 2011 bei der AHT (beide Häuser)	Pflegestufenverteilung 2010 bei der AHT (beide Häuser)	Pflegestufenverteilung in Baden-Württemberg gem. der Pflegestatistik 2009 des Statistischen Bundesamts
Pflegestufe			
0	1,05 %	1,39 %	2,2 %
I	40,25 %	43,48 %	38,5 %
II	43,72 %	41,20 %	42,1 %
III*	14,98 %	13,93%	17,2 %

* = (davon keine in OK)

** = (inclusive Härtefälle, sog. III+)

Der Umsatzanteil der Kurzzeitpflege an den Gesamtpflegeeinnahmen betrug 161.050- €. Dies entspricht 3,14 % bzw. 70 Vertragsverhältnissen (verglichen zu 80 im Jahr 2010).

Die Auslastung der Tagespflege lag im Geschäftsjahr 2011 bei 94,58 %.

Aufwendungen

Insgesamt beliefen sich die Aufwendungen nach der betriebswirtschaftlichen Auswertung auf 6.283.646.- €. Der Personalaufwand machte mit 4.397.629 € den erheblichsten Anteil aus. Im Jahr 2010 hatten die Personalkosten bei 4.319.808€ gelegen. Die Kostensteigerung bei letztendlich konstanter Personalausstattung liegt in den wirk-

sam gewordenen Tarifsteigerungen begründet, die 0,6 % ab Januar und weitere 0,5 % ab August, die Steigerung des Leistungsentgelts auf 1,5 % der Brutto-Lohnsumme sowie eine Einmalzahlung von 240.- € pro VK-Stelle im Januar betragen hatte.

Hinsichtlich des Planansatzes war eine Überschreitung der Personalkosten um 1,59 % (68.785.- €) zu verzeichnen, in dem die Tarifierhöhungen bereits quantifiziert waren. Diese Mehrkosten finden ihre Begründung vor allem in der größeren Personalvorhaltepflcht aufgrund der höheren Belegung und Pflegestufen.

Insgesamt ist es jedoch gelungen, die Personalkosten weitgehend im Plan zu halten und dennoch das nach den Regularien des Pflegesatzwesens vorzuhaltende Personal bereitzustellen (ohne Ansatz der Alg II-Einsätze (sogenannte „Ein-Euro-Jobs“) und der zusätzlichen Demenzbetreuung, welche die städtische Förderung ermöglicht). Neben einer passgenauen Personallogistik sind in diesem Zusammenhang der - wenn auch abnehmende - Effekt des TVöD zu erwähnen, welcher die Personalkosten für Neueintritte geringer ausfallen lässt als noch im BAT.

Weitere größere Posten beim Aufwand waren 2011 (in Klammer jeweils der prozentuale Anteil): Abschreibungen mit 436.752.- € (7,0 %), Lebensmittel/Getränke mit 319.949.- € (5,1 %), die Energie- und Wasserversorgung mit 280.708.- € (4,5 %) sowie die Wäscheversorgung mit 179.757.- € (2,9 %).

Eine Planunterschreitung beim Zinsaufwand wie 2010 konnte aufgrund der „anziehenden“ Finanzmarktentwicklungen nicht realisiert werden. Die Zinsbelastung betrug im vergangenen Geschäftsjahr 118.284.- €. Zum 30.05.2009 lief die Zinsbindung für das Darlehen bei der DG Hyp in Höhe von 890.439,14 € aus. Dieses Darlehen wird derzeit bei der Kreissparkasse Tübingen als Darlehen mit variablem Zinssatz geführt. Der durchschnittliche Zinssatz betrug für das Jahr 2011 1,59 %.

Der Steigerung der Lebensmittel- und Getränkeausgaben ohne den Cafeteriabetrieb (31.016.- € über Plan und 7.881.- € mehr als 2010) standen die beschriebenen Steigerungen beim Catering gegenüber. Der Bedarf für den Cafeteria-Betrieb blieb mit 18.933.- € hingegen leicht unter Plan und unter dem Wert aus dem Vorjahr (19.635.- €).

Weiterhin wurden 104.369.- € in Standortinstandhaltung bzw. Reparaturen investiert, die nicht in die Abschreibungen einfließen konnten. Der Betrag entspricht weitgehend demjenigen von 2010 (107.832.- €).

Beim Posten *Energie & Wasser* mussten deutliche Mehrkosten hingenommen werden (Steigerung um 2,7 % auf 280.708.- €). Diesbezüglich ist die Altenhilfe Tübingen gGmbH den Marktentwicklungen eher hilflos ausgeliefert, was sich nicht zuletzt aus der Tatsache ersehen lässt, dass im vergangenen Geschäftsjahr mehr für Strom ausgegeben werden musste, obwohl der Verbrauch gesenkt werden konnte.

Das ökonomische und ökologische Bewusstsein der Belegschaft schlägt sich auch in den guten Werten beim Hausverbrauch (subsummiert insbesondere das Verbrauchsmaterial für die Hausreinigung, Haustechnik und Hausschmuck) sowie den Inkontinenzartikeln und dem sonstigen pflegerischen Verbrauchsmaterial (z. B. Einmalwaschlappen und -handschuhe, Eindickungsmittel für Getränke etc.) nieder.

Die Wäschekosten lagen mit 179.754.- € um 6.924.- € über dem Wert von 2010, was Anlass für eine detaillierte Analyse dieses Postens sein muss, da die stationäre Auslastung unter der von 2010 lag. Diese Problematik wird auch bei der negativen Planabweichung deutlich, die eine Überschreitung um 8,3 % umfasst.

Die Aufwendungen für Abschreibungen lagen mit 436.752.- € deutlich über dem vorangegangenen Geschäftsjahr. In diesem Wert spiegelt sich Investitionstätigkeiten der vergangenen beiden Jahre wieder. Durch die Auflösung von Sonderposten konnten 214.633.- € als Ertrag gegengebucht werden (2010: 215.175.- €).

Außergewöhnliche vermögenswirksame Geschäfte lagen 2011 nicht vor.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Zwei-Jahres-Ausblick

Im Vergleich zum Vorjahr birgt das Jahr 2012 aus drei Gründen weniger Planungssicherheit.

- Die Tarifentwicklung für die Zeit ab März 2012 ist noch nicht bekannt. Der Verhandlungsabschluss der Tarifparteien wird frühestens für Ende März erwartet, und es kann nach den Erfahrungen der Vorjahre durchaus sein, dass die Einigung auch rückwirkende Komponenten enthält.
- Für die Zeit ab August 2012 werden Pflegesatzverhandlungen für den stationären und teilstationären Bereich zu führen sein. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gelehrt, dass es nur sehr schwer möglich ist, tatsächliche Steigerungen der Personalkosten oder von Lieferantenpreisen vollständig in den Pflegesatzsteigerungen abzubilden.
- Schließlich steht für September dieses Jahres die Inbetriebnahme der Einrichtung in Tübingen-Pfrondorf an. Anlaufverluste werden nicht zu vermeiden sein. Inwieweit sich der in der Wirtschaftsplanung kalkulierte Abmangel von -61.205.- € als passgenau erweist, bleibt abzuwarten. Für das Jahr 2013 wird dann wieder die Kostendeckung angestrebt.

Im Geschäftsjahr 2012 stehen für die stationären und teilstationären Angebote wieder Pflegesatzverhandlungen an. Die Vergütungsvereinbarungen sind jeweils zum 01.08.2012 wieder verhandelbar. Die Verhandlungen werden aufgrund der beschriebenen Gegebenheiten auch zu führen sein. In der Wirtschaftsplanung wurde vom Bedarf einer Pflegesatzsteigerung von 2,5 % ausgegangen. Dies geschah auf Grundlage einer angenommenen Personalkostensteigerung von insgesamt 2,5 % und jeweils spezifischen Betrachtungen hinsichtlich der wesentlichen Posten der Sachkosten. Zum Zeitpunkt der Anfertigung dieses Berichts ist noch kein Ergebnis der Tarifverhandlungen für den TVöD absehbar.

Derzeit gibt es auch keine Anzeichen dafür, dass sich bei den Arbeitgeberanteilen zur Sozialversicherung gravierende Änderungen ergeben könnten. Die Personalnebenkosten umfassen insbesondere die betriebsärztliche Betreuung, die Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung, die Fachkraft für Arbeitssicherheit, die Ausgleichsabgabe nach SGB IX und die Beiträge zum kommunalen Arbeitgeberverband. Die „neue“ Richtlinie zum SGB VII (DGUV V2) hat sich seit ihrem Inkrafttreten im Januar 2011 als nicht ausgabensteigernd erwiesen.

Der Sachverständigenrat geht von einer Sachkostensteigerung von 1,2 % für das Jahr 2012 aus. Insbesondere die von der Weltwirtschaft abhängige Preisentwicklung bei Kraftstoffen, Energie und Wasser sowie Lebensmitteln erweist sich diesbezüglich als Risiko für die kommenden Jahre.

Am 10. November 2011 wurde im Aufsichtsrat ein Wirtschaftsplan verabschiedet, der für die Bestandsgeschäfte jedoch weniger Risikopuffer enthält als in den Vorjahren. So müssen die Pflegesatzerhöhungen die Steigerung durch die kommende Tarifrunde im öffentlichen Dienst auffangen, der Ambulante Dienst und Tagespflege müssen Ihre Umsatzziele erreichen, und es muss in den bestehenden stationären Bereichen eine ambitionierte Auslastung von 97,94 % erreicht werden. Für den Fall einer geringeren Nachfrage herrscht jedoch die Möglichkeit einer unterjährigen Personalanpassung. (So entspricht 1 % Auslastung von Bürger- und Pauline-Krone-Heim 0,6-VK-Stellen in der Pflege und 0,24 VK-Stellen in der Hauswirtschaft).

Abgesehen von der „eigenen Konkurrenz“ in Tübingen-Pfrondorf stehen am lokalen Markt jedoch keine so massiven Veränderungen bevor wie vor Jahresfrist, als die Wiedereröffnung des Luise-Poloni-Heims der Stiftung St. Franziskus mit 59 stationären Plätzen in Tübingen-Lustnau bevorstand. Die Tatsache, dass – abgesehen von einer spürbaren „Delle“ im zweiten Quartal 2011 – kein gravierender Nachfragerückgang zu verzeichnen war, rechtfertigt diese optimistische Auslastungsannahme.

Nachdem es 2010 einen leichten Knick gegeben hatte, gelang 2011 wieder eine deutliche Annäherung an den landesweiten Pflegestufendurchschnitt (insbesondere hinsichtlich der höheren Pflegestufen). Somit haben sich die intensiven Schulungen der Wohnbereichsleitungen und ausgesuchter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch das Jutta-König-Institut bewährt, und es gelingt zunehmend, das sog. Einstufungsmanagement nachhaltig im alltäglichen Arbeitsablauf der Heim- und Pflegedienstleitungsebene sowie der Wohnbereiche zu verankern.

Aufgrund der problematischen Ergebnisse des Ambulanten Diensts und der Tagespflege stehen in den kommenden beiden Jahren grundlegende Entscheidungen an. Die Frage bleibt dabei müßig, inwieweit die Unterdeckungen eine jüngere Entwicklung sind, da eine Kostenstellenrechnung erst mit der Auswertung des Ge-

schäftsjahrs 2009 eingeführt wurde. Der Trend, dass sich teilstationäre und ambulante Angebote am schwersten refinanzieren lassen, ist in der gesamten Pflegebranche zu erkennen und hängt ursächlich mit den Strukturbedingungen zusammen, die gesetzlich und durch Pflegesatzkommission vorgegeben werden.

So sehr das Angebot des Komplettspektrums sozialplanerisch wünschenswert ist, wird es – über die Defiziteindämmungen hinaus – zu definieren sein, bis zu welchem Grad eine interne Quersubventionierung durch den Nutzen für die Bürger und die unbestrittenen Marketingeffekte (insbesondere hinsichtlich Bekanntheitsgrad und Kundenbindung) gerechtfertigt werden kann.

Was den Ambulanten Dienst betrifft, so sind die Effekte des Sanierungskonzepts abzuwarten, um anschließend über entsprechende Schlussfolgerungen zu befinden. Für den Fall, dass Einschnitte als unumgänglich erachtet werden, könnten ein „rückgebauter“ Ambulanter Dienst für die zu betreuenden Wohnanlagen und die stationären Einrichtungen direkt umgebenden Gemeinwesen (was nicht zuletzt den fast vollständigen Verzicht auf einen Fuhrpark ermöglichen könnte) eine vergleichsweise sozial verträgliche Alternative sein. Hinsichtlich der Tagespflege wäre als „kleine Lösung“ der Weiterbetrieb einer überschaubaren Anzahl von eingestreuten Tagespflegeplätzen im Rahmen des stationären Betriebs im Bürgerheim denkbar.

Im laufenden Betriebsgeschehen werden auch 2012 eine hohe Ausgabendisziplin, Mehrarbeitsvermeidung und Abbau der noch rückgestellten Mehrarbeitsstunden sowie eine möglichst punktgenaue Steuerung des Personalbestands von elementarer Bedeutung sein.

Zudem werden die Erschließung und der Ausbau von Erlösen jenseits der Kernaufgaben der Gesellschaft wie beispielsweise aus Catering und Referentenerlöse zu forcieren sein, um die bestehende zentrale Infrastruktur noch optimaler auszulasten. Durch die mittägliche Schülerbeköstigung im Bürgerheim, vermehrte Belieferung städtischer Veranstaltungen sowie den Zuschlag für die Speisenerlieferung der evangelischen Vesperkirche mit täglich knapp 300 Portionen während der dreiwöchigen Dauer im Januar/Februar 2011 konnten diesbezüglich im abgelaufenen Geschäftsjahr sehr positive Entwicklungen erzielt werden.

Nach dem jetzigen Stand der Erkenntnisse stehen für das Jahr 2012 keine politischen Entwicklungen oder gesetzlichen Änderungen an, die sich auf die unternehmerischen Rahmenbedingungen der Altenhilfe Tübingen gGmbH auswirken werden. Nach Einschätzung der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft, als Dachverband der Altenhilfe Tübingen gGmbH, wird die seit langem erwartete Landesheimpersonalverordnung nicht vor Jahresende erwartet. Ob die bundespolitisch geplante Weiterentwicklung der Pflegeversicherung grundlegende Veränderungen der Refinanzierungsperspektiven oder des ordnungsrechtlichen Rahmens mit sich bringt, wirkt ebenfalls eher fraglich.

Schließlich bleibt es eines der zentralen Betriebsrisiken der Altenhilfe Tübingen gGmbH, dass die Kosten nicht zeitnah oder teilweise gar nicht an eine nachlassende Nachfrage angepasst werden können, da bindende Arbeitsverträge vorliegen, und ein aus dem Anlagevermögen resultierender Block an Fixkosten kaum beeinflussbar ist.

Dennoch sind für Geschäftsjahre 2012 und 2013 derzeit keine bestandsgefährdenden Risiken zu erkennen.

Vorgänge von wesentlicher Bedeutung haben sich nach dem Bilanzstichtag nicht ereignet.

Marktentwicklung und Strategie

Die demographische Entwicklung im Landkreis Tübingen lässt hinsichtlich der Personengruppe der Über-80-Jährigen von heute aus gesehen zwar einen deutlichen Anstieg erwarten (plus 4% bis 2015; plus 22% bis 2025); es muss aber auch beachtet werden, dass Tübingen insgesamt der jüngste Kreis (40,1 Jahre im Durchschnittsalter) in Baden-Württemberg ist und außerdem mit 218.000 Einwohnern lediglich zu den mittelgroßen Landkreisen zählt.

Trotzdem bewegt sich die Altenhilfe Tübingen gGmbH klar in einem Wachstumsmarkt, da die Kreissenienplanung bis 2020 eine Zunahme der pflegebedürftigen Menschen auf 4.800 prognostiziert (Ende 2005 noch

3.400). Welche Versorgungsformen in der Zukunft besonders nachgefragt werden, kann an dieser Stelle nicht eindeutig vorhergesehen werden, zumal sich trotz eines ersten Schritts zur Egalisierung bei der letzten „Reform“ der Pflegeversicherung 2008 der Grundsatz „ambulant vor stationär“ nach wie vor konkret in den Leistungsregelungen des SGB XI wiederfindet.

Hinsichtlich des Entwicklungspotentials der stationären Pflege im örtlichen Markt ist zu beachten, dass nach der letzten Auswertung des Landratsamts die Anzahl der bereits vorhandenen Plätze den vom Statistischen Landesamt auf das Jahr 2015 ermittelten Bedarf (in der sog. unteren Variante) schon bis auf 48 erfüllt. Der Wettbewerb wird sich zweifelsohne verschärfen, zumal die Altenhilfe Tübingen gGmbH in Tübingen-Pfrondorf ab September selbst 15 weitere Plätze anbieten wird. Allerdings haben die letzten Jahre auch gelehrt, dass die rechnerische Abdeckungsquote auf Landkreisebene nur bedingt Rückschlüsse auf den lokalen Markt in der Universitätsstadt Tübingen zulässt. Stand März 2012 sind im Landkreis Tübingen gesamt 1.490 stationäre Altenpflegeplätze vorhanden, davon 522 im Stadtgebiet Tübingen (jeweils incl. Kurzzeitpflege).

Prozess- und Ergebnisqualität, ein als lebenswert empfundenes Wohnumfeld und Leistungsmerkmale, die sich aus der Masse hervorheben, werden in Zukunft noch stärker der Schlüssel zum Erfolg sein. Die Altenhilfe Tübingen gGmbH ist diesbezüglich in vielen Aspekten bereits gut aufgestellt. Zu nennen sind hier: Qualitätsmanagement, Wohngruppenkonzept des Bürgerheims sowie ein umfassendes Veranstaltungsprogramm und die sich ins Gemeinwesen öffnenden Cafeterien beider Häuser.

Da der örtliche Markt trotz seines grundsätzlichen Wachstumscharakters auch stärkere Merkmale eines Verdrängungswettbewerbs annehmen wird, kommt der öffentlichen Wahrnehmung und somit dem Marketing eine weiter wachsende Bedeutung zu. Auf die gute Tradition der alltäglichen aber auch veranstaltungs- und projektbezogenen Gemeinwesenorientierung mit zugehöriger intensiver Pressearbeit gilt es aufzubauen.

Sozialplanerisch und hinsichtlich der Bürgerwünsche wird der Trend in der Altenpflege zweifelsfrei in Richtung kleinräumiger, wohnortnaher Angebotsstrukturen gehen. Die Beteiligung an diesen Entwicklungen (wie im Projekt *Pfrondorf*) ist ein wichtiger Weg, um die Marktposition der Altenhilfe Tübingen gGmbH auf eine umfassendere Basis zu stellen, wenngleich räumliche Ausdifferenzierungen von Angeboten finanzökonomische Erschwernisse mit sich bringen. Aufgrund der geschilderten Sättigungstendenzen im Landkreis wird es sich in der stationären Versorgung deshalb eher um Breiten- denn um Mengenwachstum handeln können.

Ungeachtet der 2012 bzw. 2013 anstehenden Entscheidungen hinsichtlich der Tagespflege und des Ambulanten Diensts wird auch für die weiter gehende Zukunft ein behutsamer Ausbau der Leistungsangebote zu prüfen sein, mit dem Ziel durch sinnvoll aufeinander aufbauende Angebote im Spektrum zwischen offenen und gemeinwesenorientierten Angeboten, ambulanter pflegerischer und hauswirtschaftlicher Versorgung, betreuten Wohnformen bis hin zur teilstationären und stationären Versorgung eine stabilere Nachfrage zu generieren.

Im Rahmen einer Strategiediskussion mit dem Aufsichtsrat im Herbst 2009 wurde vereinbart, Pflegesatzverhandlungen regelmäßiger zu führen, mit dem Ziel jährlich 1 bis 1,5 % zu erhöhen, nachdem die landesweiten Erfahrungen in den Pflegesatzverhandlungen gezeigt haben, dass es nicht mehr verlässlich möglich ist, tatsächliche Kostensteigerungen im Pflegesatz „unterzubringen“ oder gar aus preispolitischen Gründen die Pflegesätze nur alle zwei bis drei Jahre, dafür aber „kräftiger“, zu erhöhen.

Auf Dauer ergeben sich hierdurch die Vorteile einer im Markt als maßvoll empfundenen Preispolitik und der Tatsache, dass auch geringe Ergebnisse in den „Refinanzierungssockel“ gehen und die Ausgangsbasis für die folgenden Verhandlungen kontinuierlich anwachsen lassen. Beim innerstädtischen Pflegesatzvergleich liegen die beiden Häuser der Altenhilfe Tübingen gGmbH nur an sechster und siebter Stelle, was weniger in den personalintensiven Pflegesatzbestandteilen als in den günstigen Investitionskostenanteilen von 8,48 € bzw. 9,95 € begründet liegt. Die Mitbewerber liegen mit einer Ausnahme bei mehr als dem Doppelten (Spitzenwert: 22.- € bei der Pflegeresidenz *Vincenz von Paul*). Aus Kundensicht ergeben sich hierdurch monatliche Preisunterschiede von mehr als 300.- €. Diesen Preisvorteil gilt es möglichst lange zu wahren.

Inwieweit diese längerfristige Strategie mit den Steigerungsbedarfen für das Jahr 2012 vereinbart werden kann, bleibt aufgrund der unter 3.1. beschriebenen Zusammenhänge abzuwarten.

Hinsichtlich der Verhandlungstaktik wird zu überdenken sein, ob die seit Jahren praktizierte und auch von der BWKG empfohlene Strategie fortgesetzt werden soll, die die Differenzen zwischen Forderung und Ergebnis jeweils auf die nächste Kalkulation überträgt. Alternativ wäre es möglicherweise einen Versuch wert, mit einer „demonstrativ realistischen“ Forderung ins Rennen zu gehen. So lagen die Ausgangsforderungen nach der inneren Logik des Pflegesatzwesens für 2010 bei 10,84 % (Pauline-Krone-Heim) bzw. 6,87 % (Bürgerheim). 2009 lag die Ausgangsforderung bei 12,66 % für beide Häuser.

Die Entwicklung der Vergütungen für die ambulanten Leistungen ist bekanntlich von den kollektivrechtlichen Vereinbarungen auf Ebene der Rahmenvertragspartner (z. B. Pflegesatzkommission ambulant) abhängig.

In die ferne Zukunft geblickt, bleibt abzuwarten, inwieweit der Einzelzimmerzwang aus der Landesheimbauverordnung, welcher derzeit ab 2019 vorgesehen ist, so uneingeschränkt umgesetzt wird. Wie beschrieben stehen für die kommenden Jahre ohnehin bauliche Überlegungen für die Standorte der Gesellschaft an. Während die Planungen für den Neubau in Tübingen-Pfrondorf die Vorgaben bereits abbilden, gilt es in den kommenden Jahren bauliche Überlegungen für die beiden Bestandshäuser der Gesellschaft anzugehen. Als ersten Schritt haben Aufsichtsratsvorsitzender und Geschäftsführung Sondierungsgespräche mit dem Landkreis Tübingen und dem Kommunalverband für Jugend und Soziales über die Schaffung einer Wohneinheit für die spezielle Bedarfsgruppe „junge Pflege“ aufgenommen, die eine bauliche und konzeptionelle Binnendifferenzierung eines Altbauflügels des Pauline-Krone-Heims mit sich bringen würde.

Schließlich wird eine Planung bzgl. der in den nächsten Jahren notwendig werdenden Sanierungsbedarfe an den beiden bestehenden Standorten vorzunehmen sein. Hierüber wurden Gespräche mit dem Ersten Bürgermeister der Universitätsstadt Tübingen aufgenommen.

Fachkraftsituation

Die Besetzung von Fachkraftstellen zeichnet sich zunehmend als schwieriger ab. Um dieser Entwicklung entgegen wirken zu können, bildet die Altenhilfe Tübingen in Kooperation mit den entsprechenden Altenpflegeschulen weiterhin Altenpflegerinnen und Altenpfleger aus, um damit den eigenen Bedarf an Fachkräften besser decken zu können. Für das Jahr 2012 erweist es sich als Trumpf, dass im September drei Auszubildende ihr Examen absolvieren werden und in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden können. Alle Ausbildungsplätze werden auch wieder besetzt.

Tübingen, den 16.03.2012

Markus Kaufmann
Geschäftsführung

III. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

11. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 16. März 2012 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Altenhilfe Tübingen gGmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden Vorschriften der PBV und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung des Geschäftsführers der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Geschäftsführers sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."